

Projektmeldung | Burkina Faso | Wasser und Umwelt

## Unterstützung des nationalen Trinkwasser- und Sanitärversorgungsprogramms - Sektorbudgetfinanzierung

Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung im ländlichen und randstädtischen Raum sowie der Sektor-Governance

### Finanzierungsbewilligung

13.03.2018

<b>Land:</b>	Burkina Faso
<b>Finanzierung:</b>	KfW Entwicklungsbank
<b>Referenznummer:</b>	201767508
<b>Kategorie:</b>	Wasser und Umwelt
<b>Träger:</b>	Ministère de l'Eau et de l'Assainissement (MEA)

Im Rahmen der deutschen Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit Burkina Faso unterstützt die Bundesregierung ein Vorhaben zur Förderung der Umsetzung des nationalen Trinkwasser- und Sanitärversorgungsprogramms im Rahmen einer Sektorbudgetfinanzierung. Der Schwerpunkt des Vorhabens liegt auf der Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung im ländlichen und randstädtischen Raum sowie der Sektor-Governance.

### Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

# UNTERSTÜTZUNG DES NATIONALEN TRINKWASSER- UND SANITÄRVERSORGUNGSPROGRAMMS - SEKTORBUDGETFINANZIERUNG

## **Mehr zu:**

Burkina Faso

Wasser und Umwelt / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Regionalstruktur / Konjunktur / Wassergewinnung / Wasserversorgung, Bewässerung / Abwasserentsorgung, Entwässerung / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Bau, übergreifend / Baustoffe, Glas, Keramik / Architektur, Ingenieurdienstleistungen / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Entwicklungszusammenarbeit / Dezentralisierung / Stadtentwicklung, Ländliche Entwicklung  
Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.